

Die Keule des Antisemitismus-Vorwurfs

Arbeit macht frei ?

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ludwig Stiegler hat die Aussage „Sozial ist, was Arbeit schafft“ aus dem CDU/CSU-Wahlprogramm mit dem Nazi-Motto „Arbeit macht frei“ in Verbindung gebracht und damit für heftige Empörung gesorgt. 12.07.2005

Quelle: n24.de / ddp



„Irgendwelche Vergleiche mit rechtsextremistischen Parteien oder gar mit der Zeit des Nationalsozialismus sind nicht angebracht und sind nicht unsere Sprache“, sagte Müntefering in Bremen.

Deutsch - wie Hitler!



**Zwei Jung-Nazis auf dem Weg zur Schule.
Warum denn Nazis?
Sie sprechen Deutsch - wie Hitler!**

Max Horkheimer

1939

„Wer nicht vom Kapitalismus reden wolle, solle vom Faschismus schweigen.“

Im allgemeinen politischen Bewußtsein gibt es eine Vorstellung vom Faschismus, als habe er mit Deutschland, seinen Menschen und der gesellschaftlichen Realität nichts zu tun.

Er sei über uns gekommen, wie eine Invasion von einem fremden Stern. Er sei schlimmstenfalls ein „Ausrutscher der Geschichte“. Mit dem Ende des 2. Weltkrieges sei dieser Spuk vorbei.

Es beginnt die Stunde Null, ein demokratischer Neuanfang.

Das ist natürlich Quatsch! Die faschistische Diktatur war genauso eine von Menschen gemachte Ordnung, wie die freiheitlich/demografische Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945.

An deren Errichtung bestimmte Leute ein Interesse hatten. Die sich einen Vorteil davon versprachen (jüdische Betriebe billig übernehmen, Gewerkschaften verbieten, Betriebliche Bündnisse errichten).

Die durch die gesellschaftlichen Verhältnisse sich in einer bestimmten Lage befanden und darunter litten. Der Mittelstand hat im Kapitalismus mit übermächtiger Konkurrenz zu kämpfen.

Die sich die Lage, in einer für sie nützlichen Weise, erklärten. Schuld an ihrer Lage sei der Klassenkampf der Gewerkschaften und die jüdische Weltherrschaft).

Es fanden sich Organisationen, die das formulierten und die Lösungsvorschläge in die Tat umsetzten (Parteien und Verbände).

Wer wissen will, ob eine solche Ordnung wie der Faschismus, wieder entstehen könnte, der muß sich genau ansehen was damals los war und was davon vielleicht noch heute vorhanden ist.

Wo sind die materiellen Ergebnisse von 12 Jahren Faschismus geblieben ?

Wo sind die Personen geblieben die den Faschismus förderten und von ihm profitierten.

Mit welchen Mitteln wurde die Weimarer Republik zerstört. Vielleicht existieren noch einige der Bedingungen und Mittel die zum Faschismus geführt haben (es müssen ja keine KZ gebaut werden und 7 Millionen Juden ermordet werden).

Es gab und gibt immer wieder Menschen die diese Fragen stellen und dafür einen Sturm der Entrüstung hervorrufen. Einige blieben mutig und standhaft (**Alex Möller** „15 Millionen beleidigte Deutsche“, **Christian Ströbele**: „Schilys Vorbeugehaft ist wie die Schutzhaft der Nazis“), **die meisten fallen aber um** (Herta Gremlin, Ulrich Wickert und zuletzt der SPD-Abgeordnete Stiegler):

Als erstes kann man mit Horkheimer umgekehrt sagen:

„Wer vom Faschismus reden will, muß vom Kapitalismus reden.“

Im Kapitalismus, sowie im Faschismus ist das Leben Kampf. Weil die Menschen nicht immer **kämpfen** wollen, nennt man das ganze Wettbewerb oder Konkurrenz.

Und weil der Kapitalismus einen so schlechten Ruf hat, nennt man ihn lieber „Soziale Marktwirtschaft“. Geködert werden die Menschen für diese Ordnung, indem man ihnen einredet, jeder habe den Marschallstab im Tornister und sie müßten ihn nur rausholen.

Und weil die Kapitalisten und ihre Lakaien wissen, dass der Faschismus nur eine Variante des Kapitalismus ist, reduzieren sie ihn auf Judenmord und Krieg, damit der ganz normale Faschismus, Synonym für den planmäßigen Kapitalismus, nicht thematisiert wird. Wer es dennoch versucht, über den fällt die ganze political correctness her.



Alex Möller (SPD)

„Diejenigen, die diese beiden Weltkriege und die darauffolgenden Inflationen zu verantworten haben, stehen Ihnen geistig näher als der SPD.“

23. September 1970, Deutscher Bundestag



Kohl war nicht der erste, der sich mit einem Goebbels-Vergleich im Ton vergriff. 1985 attackierte der damalige SPD-Chef Willy Brandt den CDU-Generalsekretär Heiner Geißler mit den Worten: „Ein Hetzer ist er. Seit Goebbels der schlimmste Hetzer in unserem Land.“

Quelle: n24.de / ddp



Ein altes Nazi-Relikt soll abgeschafft werden!



Unternehmerverbände und ihre Lakaien in den Medien haben einmütig die Abschaffung des 1. Mai als gesetzlicher Feiertag gefordert. Dies diene nicht nur der Konjunktur, sondern schaffe auch Arbeitsplätze.

Als wichtigsten Grund aber für diese Forderung nannten die Unternehmer, dass damit ein glaubhaftes Zeichen gesetzt werde, dass sie es ernst meinen mit ihrem Kampf gegen den Faschismus, denn der 1. Mai sei erst durch Hitler zum gesetzlichen Feiertag gemacht worden.

Die weitere Existenz des 1. Mai als gesetzlichem Feiertag, könnte die feiernden und saufenden Arbeiter dazu verführen, gewisse Sympathien für den Faschismus aufzubringen, der ja nicht nur schlecht war. Sie als Unternehmer wissen wovon sie sprechen. Also setzen wir gemeinsam ein antifaschistisches Zeichen und arbeiten am Tag der Arbeit! (Volck)



1986 verglich Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) den sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow mit NS-Propagandaminister Joseph Goebbels. Kohl bemerkte damals: „Er ist ein moderner kommunistischer Führer, der sich auf Public Relations versteht. Goebbels, einer von jenen, die für die Verbrechen der Hitler-Ära verantwortlich waren, war auch ein Experte für Public Relations.“

Quelle: n24.de / ddp



Die Wunderwaffe

Doch die Reihe historischer Entgleisungen im Jahr 2002 reißt damit noch nicht ab. CSU-Landesgruppenchef **Michael Glos** etwa diktierte Journalisten in den Block, die Hartz-Vorschläge für den Arbeitsmarkt würden vor der Wahl wie die V2-Rakete kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs als Wunderwaffe verkauft.





Bush = Hitler ?

„Däubler-Gmelin soll laut „Schwäbischem Tagblatt“ bei einer Diskussion mit Betriebsräten in Derendingen zur Irak-Politik Bushs gesagt haben: **„Bush will von seinen innenpolitischen Schwierigkeiten ablenken. Das ist eine beliebte Methode. Das hat auch Hitler schon gemacht.“** „Das kennen wir aus unserer Geschichte seit Adolf Nazi.“ Sie habe aber unmittelbar danach klargestellt, dass ein Zusammenhang zwischen Bush und Hitler „völlig unzulässig“ und dies „weder so gesagt noch so gemeint“ gewesen sei.“



Am 19.9. berichtete darüber das »Schwäbische Tagblatt«: »Mit einem Krieg gegen den Irak will US-Präsident George Bush vor allem von innenpolitischen Problemen ablenken. Dies sagte Herta Däubler-Gmelin am Mittwochvormittag bei einer Diskussion mit etwa 30 Metall-Gewerkschafter(inne)n in Derendingen. Solche Ablenkungsmanöver seien eine >beliebte Methode seit Adolf Hitler«<, sagte die Bundesjustizministerin. **Rote Fahne, Nr.39/02 26.9.2002**

Schröders Brief an Bush

„...wie sehr ich bedauere“

20. September 2002 In der Affäre um Justizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) hat Bundeskanzler Gerhard Schröder einen Brief an den amerikanischen Präsidenten George W. Bush geschrieben. FAZ.NET dokumentiert Auszüge aus dem Schreiben:



„Ich möchte Dich auf diesem Wege wissen lassen, wie sehr ich bedauere, dass durch angebliche Äußerungen der deutschen Justizministerin ein Eindruck entstanden ist, der Deine Gefühle tief verletzt hat. Die Ministerin hat mir versichert, dass sie die ihr zugeschriebenen Aussagen nicht gemacht hat. Sie hat dies auch öffentlich erklärt.

Ich möchte Dir versichern, dass an meinem Kabinettstisch niemand Platz hat, der den amerikanischen Präsidenten mit einem Verbrecher in Verbindung bringt. Der Sprecher des Weißen Hauses hat mit Recht auf die besonderen und engen Beziehungen zwischen dem deutschen und amerikanischen Volk hingewiesen.“

Anstatt in die Offensive zu gehen und die Behauptung von Däubler Gmelin zu belegen, kriecht Schröder dem Big Boß in den Hintern. Hier einige Beispiele:

Gleiwitz: Der Überfall auf den Sender Gleiwitz wurde von den Nazis inszeniert und den Polen in die Schuhe geschoben. Er diente als Vorwand für den Überfall auf Polen. Das war eine Lüge!

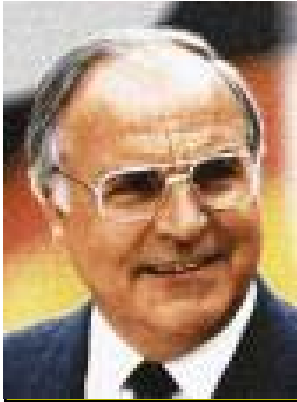
Tonking-Zwischenfall: Im Vietnamkrieg behaupteten die USA, sie seien in internationalen Gewässern von einem nordvietnamesischen Kanonenboot beschossen worden. Als Vergeltung begann die Bombardierung Nordvietnams. Das war eine Lüge, wie bei Hitler!



Irak - Krieg: Der irak-Krieg wurde damit begründet, die Freie Welt werde durch Saddam Hussein mit Massenvernichtungswaffen bedroht. Auch das war eine Lüge der USA!

Sie kostete bis Februar 06, über 2.200 US-Soldaten das Leben. Hunderttausende Irakis wurden auf Befehl Bush's ermordet. Wenn für diesen Massenmörder das Strafrecht gelten würde, er säße auf dem elektrischen Stuhl!

Anstatt offensiv und begründet Herta Däubler Gmelin zu stützen, kriecht Schröder, Bush in den Arsch und entläßt seine Justizministerin!



Thierse - Göring ?

Alt-Kanzler **Kohl** schlug im Wahljahr **2002** ebenfalls noch einmal rhetorisch zu. Zwei Redakteure des „Spiegel“ wollten im Bundestags-Restaurant gehört haben, dass Kohl im kleinen Kreis seinem Ärger über die angebliche Parteilichkeit von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) Luft machte. „**Das ist der schlimmste Präsident seit Hermann Göring**“, soll Kohl den Hitler-Stellvertreter für einen Vergleich mit Thierse herangezogen haben.

Goebbels ?

Die SPD bekam eine Goebbels-Breitseite von Ex-CDU-Chef **Wolfgang Schäuble** verpasst. Die Vorladung von Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) vor den Parteispenden-Untersuchungsausschuss verleitete Schäuble zu der Äußerung: „**Ich kenne das noch von Goebbels. Der sagte: Wenn man genügend Dreck wirft, bleibt immer etwas hängen.**“



Förderung des Antisemitismus ?

Schließlich hielt der damalige FDP-Landeschef von Nordrhein-Westfalen, **Jürgen Möllemann**, dem **Vizevorsitzenden des Zentralrats der Juden, Michel Friedman**, vor, mit seiner „**intoleranten und gehässigen Art**“ den Antisemitismus in Deutschland zu fördern.



Arbeit macht frei ?

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ludwig Stiegler hat die Aussage „Sozial ist, was Arbeit schafft“ aus dem CDU/CSU-Wahlprogramm mit dem Nazi-Motto „**Arbeit macht frei**“ in Verbindung gebracht und damit für heftige Empörung gesorgt. 12.07.2005

Quelle: n24.de / ddp





Judenstern für Reiche ?



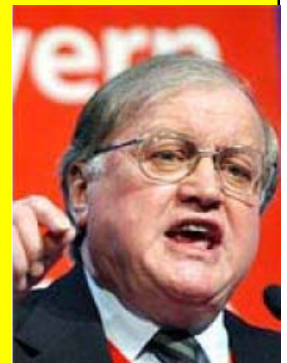
Schließlich warf der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) zum Jahresende den Gewerkschaften vor, **sie stigmatisierten Reiche wie die Nazis seinerzeit die Juden und sprach gar von einer „neuen Form von Stern an der Brust“**. Quelle: n24.de / ddp

Steigbügelhalter ?

Ludwig Stiegler.

Als die Wogen der V-Mann-Affäre im NPD-Verfahren hoch schwappten, griff der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende zum Angriff als Mittel der Verteidigung. **Union und FDP sollten sich mit ihrer Kritik zurückhalten, schließlich seien ihre Vorläufer in der Weimarer Republik Hitlers „Steigbügelhalter“ gewesen, wütete der bayerische Abgeordnete.**

Quelle: n24.de / ddp



Die Welt, 13.2.2002

Den Nazi-Vorwurf von SPD-Fraktionsvize Ludwig Stiegler in Richtung Union und FDP verurteilte Friedman und forderte eine Entschuldigung. Es dürften nicht in der Öffentlichkeit „falsche historisch-politische Vorwürfe stehen bleiben“. Auch SPD-Generalsekretär Franz Müntefering distanzierte sich von Stiegler. Er verwies darauf, dass CDU/CSU und FDP erst nach dem Krieg gegründet worden seien. Sie seien auch keine Nachfolgeparteien. Richtig sei aber, dass die konservativen bürgerlichen Parteien „Steigbügelhalter für den Nationalsozialismus“ gewesen seien.

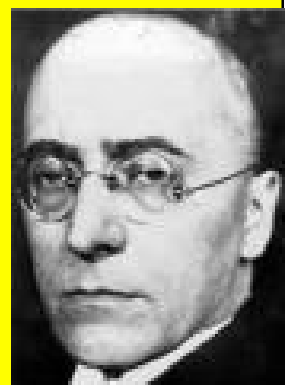
Volck

So ein formaler Schwachsinn. Nachfolgeorganisationen sind die genannten Parteien insofern, als sie die gleiche Klientel und die gleiche Politik wie die Konservativen vor 1933 vertreten. Von der personalen Kontinuität ganz zu schweigen.



Lafontaine

Und der frühere SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine verglich Kanzler Schröder wegen seiner Sparpolitik mit Reichskanzler Heinrich Brüning.



Heinrich Brüning

Vergleiche, die für Wirbel sorgten

Kohl setzte Gorbatschow mit Goebbels gleich

„Ein Vergleich macht jeden Verstand reich“ - besagt ein Sprichwort. Doch schon Lenin bemerkte: „Jeder Vergleich hinkt.“ Seine persönliche Erfahrung mit fragwürdigen Vergleichen macht nun auch der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi. Dem EU-Abgeordneten Martin Schulz bescheinigte er vor dem Europäischen Parlament, dieser könne in einem Film über Nazi-Konzentrationslager den „Kapo“ (Lagerchef) spielen. Damit löste Berlusconi einen Sturm der Entrüstung aus.

Derart unpassende Vergleiche, vor allem mit dem dunklen Kapitel des Nationalsozialismus, sind in der Politik keine Seltenheit. Vor allem deutsche Politiker bedienen sich immer wieder einschlägiger Parallelen. 1986 verglich Bundeskanzler **Helmut Kohl** (CDU) den sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow mit NS-Propagandaminister Joseph Goebbels. Kohl bemerkte damals: „Er ist ein moderner kommunistischer Führer, der sich auf Public Relations versteht. Goebbels, einer von jenen, die für die Verbrechen der Hitler-Ära verantwortlich waren, war auch ein Experte für Public Relations.“

Kohl war nicht der erste, der sich mit einem Goebbels-Vergleich im Ton vergriff. 1985 attackierte der damalige SPD-Chef **Willy Brandt** den CDU-Generalsekretär Heiner Geißler mit den Worten: „Ein Hetzer ist er. Seit Goebbels der schlimmste Hetzer in unserem Land.“

Auch im Wahljahr 2002 sorgten unpassende Nazi-Vergleiche für erheblichen Wirbel. So geriet die damalige Bundesjustizministerin **Herta Däubler-Gmelin** (SPD) in die Schlagzeilen, weil sie einem Zeitungsbericht zufolge die Angriffspläne von US-Präsident George W. Bush auf den Irak kritisiert und ein solches Verfahren als „beliebte Methode seit Adolf Hitler“ bezeichnet haben soll. Die Ministerin bestritt die Äußerungen in dieser Form zwar, verzichtete aber auf eine weitere Amtszeit.

Nicht gerade zimperlich in seiner Wortwahl ist auch der SPD-Politiker **Ludwig Stiegler**. Als die Wogen der V-Mann-Affäre im NPD-Verfahren hoch schwappten, griff der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende zum Angriff als Mittel der Verteidigung. **Union und FDP sollten sich mit ihrer Kritik zurückhalten, schließlich seien ihre Vorläufer in der Weimarer Republik Hitlers „Steigbügelhalter“ gewesen, wütete der bayerische Abgeordnete.**

Alt-Kanzler **Kohl** schlug im Wahljahr 2002 ebenfalls noch einmal rhetorisch zu. Zwei Redakteure des „Spiegel“ wollten im Bundestags-Restaurant gehört haben, dass Kohl im kleinen Kreis seinem Ärger über die angebliche Parteilichkeit von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) Luft machte. „Das ist der schlimmste Präsident seit Hermann Göring“, soll Kohl den Hitler-Stellvertreter für einen Vergleich mit Thierse herangezogen haben.

Doch die Reihe historischer Entgleisungen im Jahr 2002 reißt damit noch nicht ab. CSU-Landesgruppenchef **Michael Glos** etwa diktierte Journalisten in den Block, die Hartz-Vorschläge für den Arbeitsmarkt würden vor der Wahl wie die V2-Rakete kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs als Wunderwaffe verkauft.

Und der frühere SPD-Vorsitzende **Oskar Lafontaine** verglich Kanzler Schröder wegen seiner Sparpolitik mit Reichskanzler Heinrich Brüning.

Schließlich hielt der damalige FDP-Landeschef von Nordrhein-Westfalen, **Jürgen Möllemann**, dem **Vizevorsitzenden des Zentralrats der Juden, Michel Friedman**, vor, mit seiner „**intoleranten und gehässigen Art**“ den Antisemitismus in Deutschland zu fördern.

Die SPD bekam eine Goebbels-Breitseite von Ex-CDU-Chef **Wolfgang Schäuble** verpasst. Die Vorladung von Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) vor den Parteispenden-Untersuchungsausschuss verleitete Schäuble zu der Äußerung: „**Ich kenne das noch von Goebbels. Der sagte: Wenn man genügend Dreck wirft, bleibt immer etwas hängen.**“

Schließlich warf der hessische Ministerpräsident **Roland Koch** (CDU) zum Jahresende den Gewerkschaften vor, **sie stigmatisierten Reiche wie die Nazis seinerzeit die Juden und sprach gar von einer „neuen Form von Stern an der Brust“.**

Versöhnlich ging ein Disput zwischen Bundesumweltminister **Jürgen Trittin (Grüne)** und CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer im Frühjahr 2001 aus. Trittin entschuldigte sich für seine Bemerkung, Meyer sehe nicht nur aus wie ein Skinhead, sondern denke auch wie ein solcher.

Auf internationaler Bühne spielen Nazi-Parallelen eher eine untergeordnete Rolle. Als unpassend wurden im vergangenen Jahr in Deutschland jedoch vergleichende Äußerungen von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld bewertet. Dieser hatte die Bundesrepublik in eine Reihe mit Staaten wie Libyen und Kuba gerückt. Später relativierte er den Vergleich.

Quelle: n24.de / ddp

GESCHICHTE

Wie die SPD einmal 15 Millionen Deutsche beleidigte

BERLIN, 19. Februar. CDU/CSU und FDP lassen keine Ruhe: Der Sozialdemokrat Ludwig Stiegler muss sich für sein „historisches Werturteil“ über die politische Mitverantwortung der bürgerlichen Vorläuferparteien von Union und FDP für die Machtergreifung Hitlers entschuldigen. Sonst habe es gar keinen Sinn, mit Otto Schily weiter über ein Zuwanderungsgesetz zu sprechen, erklären sie. So groß ist ihre Empörung. Sagen sie.

Aber was ist dies doch für ein Sturm im Wasserglas im Vergleich zu jenem Streit um das gleiche Thema, der die Bundesrepublik 1970 erregt hat. Damals löste der sozialdemokratische Finanzminister Alex Möller den Eklat aus. In der Haushaltsdebatte am 23. September rief er, genervt von Zwischenrufen aus dem Unionslager gegen die inflationsfördernde Politik der jungen sozialliberalen Koalition: „Diejenigen, die diese beiden Weltkriege und die darauffolgenden Inflationen zu verantworten haben, stehen Ihnen geistig näher als der SPD. „ Das Bundestagsprotokoll verzeichnet Tumulte. Die Abgeordneten der CDU/CSU verlassen unter Protesten den Plenarsaal. Ihr parlamentarischer Geschäftsführer Olaf von Wrangel stellt fest: „Möller hat sich als Demokrat disqualifiziert. „ Und die Bild-Zeitung erscheint am nächsten Tag mit der Schlagzeile: „19 Worte beleidigen 15 Millionen Deutsche“ - die Wähler der Union.

Nur wenige Wochen später brachte der Rowohltverlag bereits das Taschenbuch „Woher kommt die CDU?“ auf den Markt, das zu einem Bestseller wurde. Die Herausgeber Immanuel Geiß und Volker Ullrich veröffentlichten darin Aufsätze namhafter Historiker, darunter Fritz Fischer und Kurt Sontheimer, die nur dem einen Nachweis dienen sollten: dass Möller Recht hatte mit seiner These von der Kontinuität der bürgerlichen Parteien von der Kaiserzeit über Weimarer Republik, Nationalsozialismus bis in die Bundesrepublik.



Sie bezogen sich dabei ausdrücklich nicht nur auf den aktenkundigen Sündenfall der Bürgerlichen, ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz im März 1933, das Hitlers Diktatur einen legalen Anstrich gab. Sie verwiesen auch auf vielfältige personelle Kontinuitäten. Denn obwohl CDU und CSU bewusste Neugründungen mit zunächst antifaschistischen und antikapitalistischen programmatischen Zügen waren, fanden sich hier zahlreiche Führer des bürgerlichen Lagers der dreißiger Jahre wieder. „Da die gleiche herrschende Klasse mit wechselnden Flügeln in Deutschland seit einem Jahrhundert politische Macht ausübt, trägt sie auch die moralische Verantwortung vor der Geschichte für die Folgen ihrer Machtausübung“, fasste Geiß, Professor am Historischen Seminar der Universität Hamburg, zusammen.

„So würde man das heute sicher nicht mehr formulieren“, sagt dazu sein Mitherausgeber Volker Ullrich, nun Redakteur bei der „Zeit“. Er ordnet die damalige hitzige Debatte in die große gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Aneignung der Nachkriegsgeschichte ein, die mit der Studentenbewegung einherging. „Uns ging es darum, endlich mit den Konservativen abzurechnen. „Immerhin sei dies aber eine authentische Auseinandersetzung um Inhalte gewesen. Für den Streit um die Stiegler-Äußerung gebe es hingegen nur ein Wort: „Gespensterdebatte“.

20.02.2002 Holger Schmale

Wenn konservative Politiker Nazi-Vergleiche verwenden, hält sich die öffentliche Empörung in Grenzen. Anders dagegen wenn die Vergleiche von Links kommen. Dies liegt wahrscheinlich daran, das die Konservativen ihre Vergleiche als **diffamierende Propaganda** benutzen die nichts mit der Nazi-Wirklichkeit gemein hat. Wenn dagegen die Vergleiche von Links kommen, dann **treffen sie ins Schwarze** und die Angesprochenen fühlen sich ertappt. Entsprechend groß ist ihr Geheul!

Mangels historischer Kenntnisse und fehlender Zivilcourage, gehen ihnen die meisten Sozialdemokraten auf den Leim, lassen ihre Genossinnen und Genossen nicht nur im Stich, sondern reihen sich in die Front aller „aufrechten Demokraten“ ein, die nicht „im Dreck wühlen wollen“. Denn Dreck ist es in dem man wühlen müßte. **Der Dreck des ganz normalen Faschismus, der der ganz normale Kapitalismus ist!** Und so sollten die von Zeit zu Zeit inszenierten Wogen der Empörung von Rechts, kein Grund zum Schwanzanziehen sein, sondern **Anlaß zur intensiveren Befassung mit Deutschlands Vergangenheit.** Dank Internet ist das auch für „einfachere“ Bürger möglich.

Die abgedruckten Empörungswellen geben genügend Stichworte ab, unter denen man im Internet aufschlußreiches Material über Unternehmer und konservative Parteien im faschistischen Kapitalismus findet. Stichworte können sein „Ermächtigungsgesetz“, Dresdner Bank oder Zahngold aus dem KZ. Erschrecken sie nicht wenn sie dabei auf Firmen oder Personen treffen die es heute noch gibt - erschrecken sie lieber doch, denn der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch.